

Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft in Berlin

Carl Chung

Wenn man mit »Zivilgesellschaft« jene Teile der Bürgerschaft meint, die sich freiwillig als Bürger/innen für gemeinsame, auf das politische Gemeinwesen bezogene Ziele engagieren, muss man konstatieren, dass sich auch in Berlin rechtsextreme Organisationen in dieser Sphäre bewegen. Diese (diversen) Organisationen und Strukturen sind zumindest teilweise miteinander vernetzt und entwickeln, prägen und orientieren mehr oder minder wirksam gesellschaftliche Subkulturen und Milieus mit Ansätzen einer eigenen Infrastruktur (Kneipen, Geschäfte, Musiknetzwerke etc.). Darüber hinaus gibt es auch in Berlin Rechtsextreme, die sich in nicht-rechtsextremen Nichtregierungsorganisationen (Vereinen, Fanclubs, Initiativen etc.) engagieren – wohl auch im Bestreben, »Brückenköpfe« im gesellschaftlichen Mainstream zu errichten. Öffentlich wahrgenommen werden allerdings vor allem rechtsextrem motivierte Straftaten, insbesondere Gewaltdelikte, und Wahlerfolge rechtsextremer Parteien.

Rechte Gewalt und Wahlerfolge in Berlin

Die Zahl der Gewaltstraftaten, bei denen die (mutmaßliche) Nationalität, ethnische und/oder religiöse Identität, politisch-kulturelle Gruppenzugehörigkeit, Abstammung oder Hautfarbe, die sexuelle Orientierung, die Behinderung oder der soziale Status des Opfers für das *Motiv* des Täters (mit-) entscheidend sind, ist nach wie vor erschreckend hoch: Zwar gingen die vom Verfassungsschutz in Berlin erfassten rechtsextremistisch motivierten Gewaltdelikte 2005 gegenüber dem Vorjahr auf 52 zurück. Im Jahr 2006 hat sich die erfasste Anzahl dieser Straftaten jedoch fast verdoppelt. Im Jahr 2007 ging sie wieder auf das Niveau der Jahre 2003/2004 zurück, während sich zur Jahresmitte 2008 wieder eine deutliche Zunahme rassistisch, antisemitisch und rechts-extremistisch motivierter Gewalt abzeichnet. Die räumlichen Schwerpunkte rechtsextremer Gewalttaten lagen in der letzten Dekade – sowohl hinsichtlich der Tatorte als auch mit Blick auf die Wohnorte der Täter (Senatsverwaltung für Inneres 2004, 2005: 199f) – in den östlichen Stadtbezirken, wo auch die NPD ihre besten Wahlergebnisse erzielte. Seit 2002 baut die NPD dort ihre Position aus.

Bei der Bundestagswahl 2005 konnte sie ihr Ergebnis in Berlin auf 1,6 Prozent steigern und errang dabei nun auch im West-Berliner Bezirk Neukölln ein überdurchschnittliches Wahlergebnis (1,7 Prozent). Hinsichtlich der Zahl der Zweitstimmen konnte die NPD ihre Position auch in ihren Hochburgen – Marzahn- Hellersdorf, Lichtenberg und Treptow-Köpenick – noch ausbauen. Diese Entwicklung setzte sich bei den Berliner Wahlen 2006 fort: Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus konnte sie ihr Ergebnis von 15.110 (2001) auf 35.229 Zweitstimmen

steigern. Die Berliner NPD setzte dabei das Konzept der Zusammenarbeit mit der DVU und mit Teilen der »Freien Kräfte« (1) erfolgreich um. Durch diese Entwicklung kam es schon im Jahr 2005 zu einer Belebung der Parteistrukturen. Bei der Neuwahl des Vorstands wurde die bereits bestehende neonazistische und aktionistische Ausrichtung des Landesverbands verstärkt. Die Radikalisierung und die Vernetzung mit »aktionsorientierten« Neonazis haben der NPD bei den Wahlen 2006 eher genützt als geschadet. (2) Gegen den Trend bei den rechts-extremen (wie bei den demokratischen) Parteien konnte die NPD im Zeitraum von 2005 bis 2007 auch einen stetigen und spürbaren Mitgliederzuwachs verzeichnen. (3)

Der Wahlerfolg der NPD 2006 in Berlin zeigt, vor dem Hintergrund einer latenten Akzeptanz und/oder Indifferenz gegenüber rechtsextremen Haltungen, die Bereitschaft eines wachsenden Wähler/innenpotenzials, die radikalste (»national- sozialistische«) Variante rechtsextremistischer Fundamentalopposition gegen das »BRD-System« gegenüber »gemäßigeren« Extremisten zu bevorzugen.

Rechtsextreme Ballungsräume

Der zugrunde liegenden Problematik des Rechtsextremismus in Berlin kommt man näher, wenn man die genannten, nach außen sichtbaren Erscheinungen des Rechtsextremismus soziogeographisch analysiert. Rechte Gewalttaten und Wahlerfolge sind alarmierend; sie sind aber auch auf die Verhältnisse der Großstadt Berlin zu beziehen. Hier leben über 3,4 Millionen Einwohner/innen und pro Woche werden über 850 Körperverletzungsdelikte amtlich registriert. Ginge es nur um zehn bis 40 Straf- und ein bis drei Gewalttaten mit rechtsextremen Tatmotiv pro Woche, ginge es nur um etwa 500 »subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten« (darunter etwa 200 Personen, die dem Berliner Kameradschaftsnetzwerk zugeordnet werden), um 500 bis 1.000 Neonazis oder ein Gesamtpotenzial aktiver Rechtsextremisten von etwa 2.000 bis 3.000 Personen, dann wären kaum relevante Wirkungen dieser »rechtsextremen Zivilgesellschaft« auf die pluralistische Bürgerschaft und Gesellschaft einer wehrhaften Demokratie zu erwarten.

Beunruhigender wird das Bild allerdings, wenn man die räumliche Verteilung der NPD-Wahlhochburgen in einer Zusammenschau mit den Täterwohn- und Tatorten rechtsextremer Straf- und Gewalttaten sowie mit den Treffpunkten der rechtsextremen Szene und bevorzugten Wohnorten notorischer Neonazis betrachtet. Die so zu beobachtende geographische Verdichtung verweist auf eine prekäre Normalität in bestimmten Regionen und Quartieren Berlins, in denen »fremden«- und minderheitenfeindliche sowie nationalsozialistisch- »antikapitalistische« Parolen seit längerer Zeit und tendenziell zunehmend auf Resonanz stoßen. Sie sind signifikant durch Hasskriminalität belastet, die von den – überwiegend nicht in rechtsextremen Strukturen fest organisierten – Tätern mehrheitlich unvorbereitet, aus Gruppen heraus und in einem Umkreis von fünf Kilometern um ihren Wohnort begangen wird. Die Täter (überwiegend männliche Jugendliche und Heranwachsende) scheinen in öffentlichen Räumen und Verkehrsmitteln (vor allem in S- und U-Bahn sowie der Tram) relativ unbehelligt zu agieren und bei ihren geradezu demonstrativ begangenen Taten, wenn nicht auf die Zustimmung, so zumindest auf die Duldung der meisten Passant/innen zu zählen. Die Präsenz rechtsextremer Subkulturen gehört hier zur alltäglichen Normalität und bestimmt das gesellschaftliche Klima mit.

In solchen Orts- und Stadtteilen stimmen in den letzten Jahren deutlich überdurchschnittlich viele Wähler/innen, die sich in ihrer Mehrheit hinsichtlich ihrer Einstellungen und Alltagskultur vom lokalen Mainstream nicht wesentlich unterscheiden, für rechtsextreme Parteien.

Bei den Erfolgsbedingungen für Rechtsextremisten scheint es um einen komplexen Zusammenhang verschiedener Faktoren zu gehen, die zumindest teilweise in Wechselwirkung miteinander stehen und die von rechtsextremen Strategen für ihre räumliche und inhaltliche Schwerpunktsetzung, Agitation und Wahl von Aktionsformen etc. systematisch ins Kalkül gezogen werden. Mit Blick auf die Wirkungen des Rechtsextremismus im Gemeinwesen und seiner gesellschaftlichen Alltagskultur ist nicht nur die »rechtsextreme Zivilgesellschaft«, ihre interne Vernetzung und ihre personellen und organisatorischen »Brückenköpfe« im (lokalen) Mainstream von Bedeutung, sondern vor allem ihre Deutungsmacht in Milieus und informellen (Jugend-) Gruppen ohne ein gefestigtes rechtsextremes Weltbild oder feste Verbindungen zu rechtsextremen Strukturen, sowie ihre Anschlussfähigkeit an die (bzw. die Verbreitung entsprechender Dispositionen in der) »Mitte« des lokalen Mainstreams.

So deutet eine vertiefte Betrachtung der Berliner Wahlen vom 17. September 2006 darauf hin, dass die NPD dort besonders erfolgreich ist,

- wo schon seit längerer Zeit Schwerpunkte rechtsextremer Aktivitäten und ggf. auch bevorzugte Treff- und Veranstaltungsorte einer »Mischszene« aus Rockern, Neonazis, Hooligans und (neuheidnischen und satanistischen) »Black-/Death-Metal«-Gruppen liegen,
- wo rechtsextreme Subkulturen das gesellschaftliche Klima im öffentlichen Raum augenscheinlich mitbestimmen (4), ohne von der Mehrheitsbevölkerung als offensichtliches Problem und im Zusammenhang des Rechtsextremismus wahrgenommen zu werden (sondern als »unsere Jugendlichen«),
- wo bis in den lokal dominanten Mainstream die Wahl einer rechtsextremen Partei wie der NPD nicht per se als unnormale, anstößig oder unanständig betrachtet wird, sondern weite Teile der Bevölkerung die NPD als »ganz normale Partei« ansehen und das Bekenntnis zu rassistischen, antisemitischen, fremdenfeindlichen, antiwestlichen, völkisch-nationalistischen und autoritären Haltungen im sozialen Umfeld keine konsequente Ächtung zur Folge hat,
- wo in der lokal vorherrschenden politischen Kultur der Wert einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen und den Menschenrechten verpflichteten Demokratie weniger nach der Verwirklichung von Grund- und Bürgerrechten sowie dem Schutz vor Willkür und Gewalt, sondern überwiegend nach dem Output an Wohlstand und (eher diffus definierter bzw. gefühlter) sozialer Gerechtigkeit bewertet wird,
- wo das systemkritische und systemfeindliche Potenzial gemessen am Durchschnitt des Landes Berlin nach den Erkenntnissen sozialwissenschaftlicher Untersuchungen (5) überdurchschnittlich groß und die Integration in das politische System der Bundesrepublik Deutschland vergleichsweise schwach ist – sichtbar auch an einer unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung (6),

- wo zugleich das Gefühl, durch negative soziale Entwicklungen im sozialen Status bedroht, im Verhältnis zu anderen sozial benachteiligt und von tatsächlichen politischen Gestaltungsprozessen ausgeschlossen zu sein sowie das Gefühl, zu einer Gruppe zu gehören, die an den Rand gedrängt wird, an Verbreitung und Intensität zunimmt (7) und
- wo dieses Gefühl, von »relativer Deprivation« direkt oder indirekt betroffen oder bedroht zu sein, zwar nicht mit einer absolut prekären sozialen Lage, aber mit signifikanten sozialen Negativtrends oder einem spürbaren Wachsen der sozialen und soziokulturellen Kluft zwischen sozial unterprivilegierten oder von Statusverlusten betroffenen (alteingesessenen) Bevölkerungsteilen einerseits und relativ gut situierten, hoch qualifizierten (in Teilen aus dem Westen Berlins oder des Bundesgebietes zugezogenen) »Modernisierungsgewinnern« andererseits korreliert.

Zonen der Angst

Diese Gemengelage in bestimmten Stadtregionen (v.a. im Osten Berlins) kann auch als faktische Entstehung von »Angstzonen« für Angehörige von Gruppen, die exponiert von rechtsorientierter Hasskriminalität betroffen sind, beschrieben werden. Zwar ist das Konzept der »National befreiten Zonen« (8) insofern Theorie geblieben, als der damit verbundene Anspruch von Rechtsextremen, »Wir sind drinnen, der Staat bleibt draußen«, nicht verwirklicht werden konnte. Die rechtsextreme Szene »setzt nirgendwo die staatliche Gewalt dauerhaft außer Kraft. Sie übt keine Herrschaft im Sinne einer institutionalisierten Macht aus. Und doch hat sie den öffentlichen Raum entscheidend verändert« (Oswalt 2001: 16).

Auch (oder gerade) ohne feste Organisationsstrukturen und geschlossene Ideologien erzeugen gewaltbereite Rechtsextremisten schon durch ihre bloße Präsenz Angst und üben durch die Möglichkeit von Angriffen eine zeitweilige Kontrolle an bestimmten Orten aus. Diese temporäre Dominanz rechtsextremer Subkulturen im öffentlichen Raum stellt »eine nicht hinnehmbare Bedrohung der öffentlichen Sicherheit dar, gestattet sie doch nicht allen Personen, sich gefahrlos an solchen Orten zu bewegen« (Pfahl-Traughber 2000: 11). Diese Realität benennt der Begriff »Angstzone«, der die von Rechtsextremisten und Sympathisanten dominierten Gebiete beschreibt, aber gleichzeitig die Opferperspektive in den Mittelpunkt rückt. Es sind Orte wie ein Straßenzug, ein öffentlicher Platz, eine Tankstelle oder ein unübersichtlicher S-Bahnhof, die potenzielle Opfer veranlassen, weit-räumige Umwege in Kauf zu nehmen.

Für potenzielle Opfer homophober und antisemitischer Gewalt (9) gibt es solche Angstzonen aber nicht nur in den östlichen Bezirken Berlins, sondern auch in der westlichen Innenstadt. Und während bekennende Muslimas mit Kopftuch eher außerhalb von Quartieren, in denen islamische »Gastarbeiter«-Milieus dominieren, Gefahr laufen, Opfer islamophober Angriffe zu werden, sehen sich viele Frauen mit und ohne Migrationshintergrund, die einen westlich-freiheitlichen Lebensstil ausleben wollen, in diesen sozialen Settings durch Rollenzuweisungen traditioneller, patriarchalisch-sexistischer Orientierung und einen aggressiven Machismo in ihrer Handlungsfreiheit und in ihren Grundrechten beeinträchtigt. Je nach Opfergruppe gibt es also durchaus verschiedene bzw. mehr oder minder verbreitete Angstzonen in Berlin.

Berliner Besonderheiten

Berlin ist eine Stadt im ständigen Wandel und geprägt durch nationale und internationale Migrationsprozesse. Insgesamt werden über 20 Prozent der Berliner der Kategorie »Menschen mit Migrationshintergrund« zugeordnet, die natürlich keine homogene Gruppe darstellt. Bei den unter 18jährigen liegt ihr Bevölkerungsanteil in Berlin bei über 40 Prozent und bei den unter 7 jährigen sind die Berliner mit Migrationshintergrund in der Mehrheit. Anders als in den ostdeutschen Flächenländern lässt sich die Situation in Berlin durchaus als räumliche Verdichtung der gesamtdeutschen Verhältnisse in einer urbanen Gesellschaft beschreiben.

Bezogen auf die Intensität des Veränderungsdrucks und die Dynamik gesellschaftlicher Veränderungen, auf das Gefühl der Bedrohung durch »relative Deprivation« sowie auf die Distanz zum freiheitlich-demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland gibt es hier ein der gesamtdeutschen Situation vergleichbares, aber räumlich konzentriertes Ost-West-Gefälle. Wie etwa in Berlin-Neukölln sichtbar wird, beschränken sich Tendenzen zu sozialer Desintegration und Ängste vor relativer Deprivation jedoch keineswegs auf den Osten Berlins. Ebenso wenig sind Demokratieverdrossenheit sowie antihumanistische und demokratiefeindliche Einstellungen nur im Osten der Bundeshauptstadt und in sozial benachteiligten, bildungsfernen Migrantenmilieus festzustellen.

Ethnozentrierte Deutungs- und Diskriminierungsmuster, sozialer und kultureller Chauvinismus, (latenter) Antisemitismus und vor allem (zumindest latente Empfänglichkeiten für) Islamophobie sind auch in »besseren« und »besten« Wohnlagen (etwa in Reinickendorf, Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf) sowie in westlich geprägten, sozial privilegierten und bildungsorientierten Milieus zu erkennen, die sich selbst als »links«, »linksliberal« oder »bürgerlich-demokratisch« beschreiben. Orte und soziale Settings, in denen rassistische, antisemitische, islamophobe, homophobe und sozialchauvinistische Haltungen und Alltagskulturen dominieren, sind allerdings vergleichsweise begrenzt und ständig durch andere und entgegen gesetzte Angebote, Einrichtungen und Lebenswelten in relativer räumlicher Nähe herausgefordert.

Auch in den östlichen Außenbezirken Berlins sind plurale demokratische Milieus erkennbar präsent und prägen den lokalen sozio-kulturellen Mainstream mit. Die landesweit, wenn auch nicht überall lokal vorherrschende gesellschaftliche Kultur ist westlich-demokratisch orientiert, was – ebenso wie die vergleichsweise große Pluralität soziokultureller Strömungen vor Ort – die lokale Dominanz extremistisch orientierter Alltagskulturen relativ deutlich beschränkt. Dies gilt umso mehr, da es – im Vergleich etwa zu den ostdeutschen Flächenländern – in allen Teilen Berlins relativ weit entwickelte Formen organisierten bürgerschaftlichen Engagements gibt.

Auch wenn die Vielfalt und Dichte der Präsenz von zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Initiativen zum östlichen Stadtrand hin überschaubarer wird, gibt es in allen Bezirken und Regionen des Stadtstaates auch bürgerschaftliches Engagement, das ausdrücklich gegen Rechtsextremismus gerichtet ist. Vor diesem Hintergrund wird in Berlin deutlich, dass sich die Auseinandersetzung mit dem, worum es beim Thema »Rechtsextremismus« inhaltlich geht, weder mit einem ausschließlichen Fokus auf dem deutsch-völkischen Rechtsextremismus noch mit einer defensiv-negativen Zielrichtung (»gegen Rechtsextremismus«) glaubwürdig und

nachhaltig wirksam führen lässt. In Berlin lässt sich praktisch kein Einzelthema dieses Komplexes – etwa »Antisemitismus«, »Islamophobie« oder »Rassismus« nur für sich bearbeiten, ohne die Frage nach allgemeinen Maßstäben und Wechselwirkungen aufzuwerfen. (10)

Anmerkungen

(1) Diese mit der NPD (insbesondere mit deren Jugendorganisation JN) vernetzten Strukturen »aktionsorientierter« Neonazis setzen nach den Erkenntnissen des Berliner Verfassungsschutzes zunehmend auf Gewalt und Gewaltandrohung als Mittel politischer Agitation (Senatsverwaltung für Inneres 2006: 30f).

(2) Bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen, zu denen sie 2006 nur in fünf Bezirken antrat, verdoppelte die NPD ihr Wahlergebnis von 12.777 (2001) auf 25.577 (2006) Stimmen.

(3) Von 175 Mitgliedern (2005) auf 290 (2007).

(4) Wo z.B. die Verwendung rechtsradikaler Kleidung und Symbole ebenso zur Alltagswirklichkeit gehören wie rassistische Bezeichnungen und Witze, stereotype Fremdwahrnehmungen von »Anderen« (die von der dominanten Bevölkerungsmehrheit als von der Norm abweichend wahrgenommen werden) sowie massive Vorurteile, die dem Syndrom der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« zuzuordnen sind.

(5) Siehe etwa die Berlin-Brandenburg-Studien von Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Otto-Stammer-Zentrum an der FUB).

(6) Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus sank die Wahlbeteiligung von 68,1 Prozent (2001) auf 58 Prozent (2006). In allen Bezirken, in denen die NPD 2006 über 2,6 Prozent der Stimmen (Landesdurchschnitt) erhielt, lag die Wahlbeteiligung unter 58 Prozent.

(7) Dabei müssen Wähler/innen rechtsextremistischer Parteien von »relativer Deprivation« nicht unmittelbar betroffen sein, um sich von der Zunahme prekärer sozialer Verhältnisse in ihrer Gruppe und ihrer sozialen Umwelt mit betroffen zu fühlen (»fraternale Deprivation«).

(8) Anfang der neunziger Jahre riefen Aktivisten des Nationalen Hochschulbundes in einem Strategiepapier zur Schaffung »national befreiter Zonen« auf: »Befreite Zonen in unserem Sinne sind Bereiche, wo der zentrale Widerspruch unserer Zeit, nämlich der Widerspruch Identität/Entfremdung zugunsten der Identität aufgelöst wird. Es sind Orte der Geborgenheit, des Dazugehörens, der Wärme, der Solidarität. [...] Befreite Zonen sind sowohl Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete für die Nationalisten Deutschlands« (Vorderste Front, Zeitschrift des Nationaldemokratischen Hochschulbundes/ NHB, 1993). Diese »National befreiten Zonen« sollten sich über klare Ausgrenzungen konstituieren: Das »Fremde«, das die eigene (»deutsche«) Identität Störende, das Widersprüchliche haben in diesem Weltbild keinen Platz.

(9) Diese Gewalt und Diskriminierung geht sowohl von Angehörigen der deutschen Mehrheitsbevölkerung, als auch von Muslimen mit Migrationshintergrund sowie von (christlichen) deutschstämmigen Spätaussiedlern aus.

(10) Allerdings finden sich in Berlin auch bereits angewandte Arbeitsansätze, die die Auseinandersetzung mit Antisemitismus (und eben auch Rassismus, Ethnozentrismus, Islamophobie, kulturellem und sozialem Chauvinismus sowie Homophobie) integriert und unter Bezugnahme auf die neueren Diversity-, Social Justice- und menschenrechtsbezogenen Arbeitsansätze angehen.

Literatur

Oswalt, Philipp (2001): Rechte Gewalt und öffentlicher Raum. In: Anlaufstelle für Opfer Rechte Gewalt (Hg.), Wenn die Glatzen an der Ecke stehen. Cottbus, 16-22.

Pfahl-Traugher, Armin (2000): Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39, 3-14.

Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (2004): Rechte Gewalt in Berlin. Berlin.

Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (2005): Verfassungsschutzbericht Berlin 2004. Berlin.

Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (2006): Verfassungsschutzbericht Berlin 2005. Berlin.

Autor

Carl Chung ist Diplom-Politologin und leitet das »Mobile Beratungsteam Ostkreuz. Netzwerk gegen Rechts«, ein Projekt der Stiftung SPI für Menschenrechte, in Berlin.

Dieser Artikel ist erstmalig erschienen im Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 21, 4/2008, S. 52-57.

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT
Wegweiser Bürgergesellschaft
Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de